

Beschluss der Landesversammlung BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen

6. November 2010, Meißen, Burgkeller



Den Politikwechsel in Sachsen einleiten!

1. GRÜNE Politik - wichtiger denn je

Spätestens nach der jüngsten weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise ist vielen Menschen klar geworden: Nur durch ein konsequentes Umsteuern auf eine global tragfähige, sozial gerechte und umweltverträgliche Wirtschafts- und Lebensweise sichern wir heutigen und künftigen Generationen eine gute Lebensgrundlage - weltweit und in Sachsen. Wir GRÜNEN sind die einzige politische Kraft, die Ökologie, Demokratie und Gerechtigkeit in das Zentrum ihres politischen Denkens und Handelns stellt. Der öffentliche Zuspruch, den wir derzeit erfahren, ist auch Ausdruck der Hoffnung vieler Menschen auf glaubwürdige Antworten für die grundlegenden Zukunftsfragen.

In unserem Landtagswahlprogramm 2009 haben wir unsere Vorstellungen von einem für alle Bürgerinnen und Bürger lebenswerten Sachsen formuliert. Wir sind keine Klientelpartei, sondern folgen einer klaren Orientierung auf das Gemeinwohl. Damit erheben wir den Anspruch, mit unserem Programm für alle Teile der Gesellschaft und in allen Regionen Sachsens wählbar zu sein.

Wir werden in den nächsten Jahren weiter ehrlich und im Dialog mit Menschen aus allen gesellschaftlichen Gruppen unsere Inhalte weiterentwickeln. Wir wollen überzeugen: Mit klaren Perspektiven, konkreten realistischen Konzepten und guter Politik!

2. Verantwortung übernehmen

Bürgerbewegungen und GRÜNE in Sachsen haben ihre Wurzeln in der Friedens-, Menschenrechts- und Ökologiebewegung der DDR und der Bundesrepublik. Diese Gruppen mischten sich in den achtziger Jahren verstärkt in die Gesellschaft ein. Dass Bürgerinnen und Bürger unabhängig von der Staatsdoktrin Verantwortung für ihr Land übernehmen wollen, war in der DDR nicht erwünscht und musste erkämpft werden. Diese Tradition des mündigen Bürgers lebt auch in uns fort und wird von uns bewusst politisch gepflegt.

Seit 1990 stellen sich Bürgerbewegungen und GRÜNE demokratischen Wahlen und übernehmen in der parlamentarischen Demokratie Verantwortung - in Sachsen bisher aus der Opposition heraus. Es ist die Aufgabe der Opposition, sich im Wettbewerb um die bessere Politik und um das Vertrauen der Bevölkerung mit den Regierungsparteien zu messen. Wir arbeiten dafür, dass die Wählerinnen und Wähler 2013 im Bund und 2014 in Sachsen die schwarz-gelben Koalitionen aus der Regierungsverantwortung entlassen.

Wir streben eine eigene Regierungsbeteiligung an - für eine soziale, ökologische und wirtschaftliche Erneuerung. Um diese Erneuerung auch auf kommunaler Ebene voranzutreiben wollen wir unsere Basis in den Kommunen und Landkreisen entscheidend stärken.

3. Sachsen braucht einen Politikwechsel

Sachsen wird schlecht regiert. Die schwarz-gelbe Koalition ist eine Regierung des Rückschritts, die mit sich selbst und den Zuständen im Land zufrieden ist. Sie steht für ein altes Denken, das den

Beteiligungswillen der Bürger missachtet und den Herausforderungen unserer Zeit - Klimawandel, Energiekrise, demografische Entwicklung, Wirtschafts- und Finanzkrise, soziale Spaltung der Gesellschaft und angespannte Haushaltslage - nicht gerecht wird.

Der Landeshaushalt muss nicht nur finanziell solide, sondern in jeder Hinsicht Ausdruck nachhaltiger Politik sein. Unter die Maßgabe wollen wir bei den Ausgaben auf neue Schulden verzichten und Haushaltsmittel entschlossen umschichten. Nachhaltige Haushaltspolitik wendet sich auf der Einnahmeseite gegen unnötige Steuersenkungen für wenige und setzt sich für ökologisch und sozial gerechte Einnahmeverbesserungen ein, um Zukunftsaufgaben zu finanzieren. Wer es versäumt, heute die richtigen Prioritäten zu setzen, riskiert die Schulden von morgen. Zwar ist es richtig, die Ausgaben des Landes den mittelfristig zu erwartenden Einnahmen anzupassen, aber Ausgabekürzungen ersetzen noch keine Politik. So werden Kürzungen im Jugend- und Sozialbereich durchgesetzt, um die Kosten der Landesbankpleite zu begleichen. Die Kürzungen bei Betriebs- und Investitionsmitteln für den öffentlichen Nahverkehr sind bezeichnend für die schwarz-gelbe Autofahrerkoalition.

In der Klima- und Energiepolitik hält die Staatsregierung unbeirrt an der Braunkohle fest. Schwarz-Gelb erkennt zwar, dass die geplante Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke und der europaweite Emissionshandel ab 2013 die Wirtschaftlichkeit der sächsischen Braunkohlekraftwerke massiv in Frage stellen, doch anstatt endlich entschlossen in die Erneuerbare Energiezukunft einzusteigen, unterstützen Tillich und Morlok die Atomvereinbarung der Bundesregierung zu Lasten der erneuerbaren Energien und der Arbeitsplätze in Sachsen. Wie ihre eigenen unzureichenden Klimaschutzziele von 2009 erreicht werden sollen, bleibt unklar. Zugleich lässt die Regierungskoalition die sächsische Photovoltaik-Industrie bei der Frage der Zusatzabsenkung der EEG-Vergütung im Stich und verzögert die notwendige Erneuerung von Windenergieanlagen.

Die von Fakten unerschütterbare Selbstgefälligkeit der „Staatspartei CDU“ prägt auch die Haltung zu den Untersuchungsausschüssen zur Aktenaffäre und zur Abfallpolitik in Sachsen. Entgegen allen Hinweisen auf Fehlverhalten versucht sie die Mängel totzuschweigen. Dies zeigt: Die Fähigkeit zur Selbstkorrektur ist verkümmert. Nach zwanzig Jahren CDU-Herrschaft in Sachsen wird deutlich, dass ein politisches „Weiter so!“ unserem Land schadet.

Dass Sachsen weltoffener oder liberaler würde, ist nicht Bestandteil der FDP-Agenda. Stattdessen darf die FDP nun ihre Klientelinteressen durchsetzen. Mit der Abschaffung des Kommunalkombis für Arbeitslose ist man den Arbeitgebern zu Diensten. Mit dem fast vollkommenen Verbot des kommunalen Baumschutzes gefällt man den Hauseigentümern. Wie wenig sich die sächsische FDP als rechtsstaatsliberale Partei bezeichnen darf, zeigt das nutzlose und verfassungswidrige Versammlungsgesetz. Das Ladenöffnungsgesetz will gegen den Widerstand von Gewerkschaften und Kirchen weitere Sonntage freigeben - auch für Videotheken und Autowaschanlagen - den Herzensangelegenheiten der FDP. Die geplante Abschaffung des gesetzlichen Schutzes für zahlreiche Denkmäler ist des Kulturlandes Sachsen unwürdig. Und bei der groß angekündigten „Staatsreform“ ist es bisher nur bei der Ankündigung geblieben.

4. GRÜNE Maßstäbe für einen Politikwechsel in Sachsen

Die globalen und lokalen Rahmenbedingungen politischen Handelns haben sich geändert. Sie zeigen dem alten Wachstumsdenken seine Grenzen auf. Dieses Denken hatte grenzenloses Gewinnstreben und grenzenlosen Ressourcenverbrauch zur Folge. Inzwischen ist jedoch vielen Menschen klar: Wir müssen Klima und die biologische Vielfalt schützen, um unsere Lebensgrundlagen zu erhalten. Wir brauchen die erneuerbaren Energien, um die Energieversorgung langfristig ge-

währleisten zu können. Wir brauchen ein nachhaltiges Wirtschaften, um gutes Leben für alle zu ermöglichen. Wir brauchen eine bessere Förderung für alle Kinder, damit ihre Zukunft nicht von der Lage ihrer Eltern abhängt. Jetzt gilt es, sich auf die zivilisatorische Weiterentwicklung unserer Gesellschaft zu konzentrieren: Anders zu produzieren, zu essen, zu wohnen, zu heizen oder sich zu bewegen sind Innovationsaufgaben der nächsten Jahre.

Dafür braucht Sachsen einen Politikwechsel. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für diese konsequente Richtungsänderung in der sächsischen Politik. Wir wollen den ökologischen Umbau, die solidarische Modernisierung und die Demokratisierung der Gesellschaft. Dafür werden wir unsere Konzepte weiter entwickeln. Wir stellen die Inhalte in den Mittelpunkt, die für uns Maßstab dieses Wechsels sind:

Ökologischer Umbau für zukunftsfähige Arbeitsplätze!

Wir wollen den ökologischen Umbau unserer Wirtschaft in allen Branchen und Sektoren durch politische Rahmenbedingungen unterstützen. Mit der Förderung energetischer Gebäudesanierung ist ein Aufschwung beim sächsischen Handwerk verbunden, mit der Förderung der erneuerbaren Energien investieren wir in eine der führenden sächsischen Zukunftsindustrien. GRÜNE Energie- und Klimapolitik schafft Arbeitsplätze und hilft den Menschen, bares Geld zu sparen. Mehr Lebensqualität für alle bei radikal weniger Energie- und Ressourcenverbrauch zu schaffen, ist nicht nur eine ökologie- und klimapolitische Herausforderung, sondern löst auch einen Innovationschub für neue intelligente Produkte und Leistungen sowie moderne effiziente Technologien und Produktionsverfahren „made in Saxony“ aus. Viele Arbeitsplätze in Sachsen - sei es in Energietechnik, Automobilbau, Chemie oder Maschinenbau - haben eine Zukunft, aber nur, wenn sich die Industrie ökologisch erneuert. Dies eröffnet Chancen für neue Wertschöpfung und für existenzsichernde, zukunftsfähige Arbeitsplätze. Sachsen braucht neue Firmengründungen, die nicht in wenigen Jahren aus Kostengründen abwandern. Dazu wollen wir den Mittelstand in diesen Bereichen stärken.¹

Ja zu 100 Prozent erneuerbaren Energien!

Wir wollen die Braunkohleverstromung und ihre versteckte Subventionierung beenden und aus dieser klimaschädlichsten Art der Energieerzeugung aussteigen. Die Speicherung von Kohlendioxid aus Kohlekraftwerken unter der Erde (CCS-Technologie) ist ein unsicherer und teurer technologischer Irrweg. Wir wollen keine gefährlichen CO₂-Endlagerexperimente - weder in Sachsen, noch anderswo. 100 Prozent Erneuerbare Energien - ohne Kohle und Atom - sind allein eine Frage des politischen Willens. Denn technisch ist es möglich, schrittweise bis spätestens 2030 den Strombedarf und bis zur Jahrhundertmitte auch den Heizenergiebedarf und die Kraftstoffversorgung Sachsens komplett auf Erneuerbare Energien umzustellen.²

Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen!

Wir wollen die industrielle Überlastung der natürlichen Lebensgrundlagen Boden, Wasser, Luft, Atmosphäre und der biologischen Vielfalt beenden. Wir wollen auf 15 Prozent der Landesfläche

¹ Konzeptionelle Hintergründe: GRÜNE-Bundestagsfraktion: Grüne Impulse für Ostdeutschland, 2009; GRÜNE-Landtagsfraktion Sachsen: Positionspapier Handwerk, 2009.

² Konzeptionelle Hintergründe: VEE Sachsen im Auftrag der GRÜNEN-Landtagsfraktion Sachsen: Grüne Ausbaustudie 2020 – Perspektiven für die erneuerbaren Energien in Sachsen, 2008; GRÜNE-Bundestagsfraktion: Energie 2050: sicher erneuerbar. Das grüne Energiekonzept jenseits von Uran, Kohle und Öl, 2010.

ein System miteinander verbundener natürlicher Lebensräume garantieren. Denn in Zeiten des Klimawandels wird die Wiederherstellung der natürlichen Lebensgrundlagen im Wortsinne zur Überlebensfrage! Eine Landnutzung, die im Einklang mit den Selbsterneuerungskräften der Natur steht, sichert nachhaltig Arbeit und Einkommen vieler Menschen in den ländlichen Räumen Sachsens. Ökologische Landwirtschaft ohne Gentechnik und naturnaher Tourismus stärken regionale Wirtschaftskreisläufe.³

Armut und die Spaltung der Gesellschaft überwinden!

Unser Leitbild für ein demokratisches Sachsen ist soziale Gerechtigkeit, Solidarität und Vielfalt. Alle Menschen - egal ob alt oder jung, ob mit Behinderung oder ohne, unabhängig von Herkunft, Geschlecht und sexueller Orientierung - sollen in Sachsen eine Perspektive und faire Chancen auf Teilhabe und Gestaltung ihres Lebens erhalten. Dazu gehört für uns eine passgenaue Arbeitsmarktförderung in Sachsen, die Langzeitarbeitslosen eine wirkliche Chance auf langfristige sozialversicherungspflichtige Beschäftigung gibt. Wir wollen, dass Alle selbstbestimmt, in Würde sowie frei von Existenzängsten und Diskriminierung leben und ihre Fähigkeiten und Besonderheiten einbringen können. Leistungsträger sind für uns nicht jene, die sich rücksichtslos bereichern, sondern diejenigen, die mit Talent, Kreativität und Eigeninitiative zu gesellschaftlicher Entwicklung und Zusammenhalt beitragen. Mehr Chancengerechtigkeit und Vielfalt in unserer Gesellschaft zahlen sich aus: Denn so wird Sachsen insgesamt reicher, leistungsfähiger und lebenswerter.⁴

Mehr Investitionen in Bildung!

Die Unterfinanzierung der frühkindlichen Bildung, die Ausdünnung insbesondere des Grundschulnetzes und die Kürzungen an den Hochschulen müssen im Interesse der Zukunftsfähigkeit Sachsens beendet werden. Fast 12 Prozent Schulabgänger ohne Schulabschluss in Sachsen sind ein Armutszeugnis! Eine bessere Personalausstattung in Kitas, längeres gemeinsames Lernen bei individueller Förderung in einer Schule für alle und Studiengebührenfreiheit des Erststudiums bis zum Master sind die Voraussetzungen für mehr Bildungsgerechtigkeit. Wir setzen uns für die Umwandlung des Solidarzuschlags in einen Bildungssoli ein. Wir wollen mehr Autonomie wagen und größere organisatorische Selbständigkeit in Kitas, Schulen und Hochschulen mit umfassenden Mitbestimmungsrechten verbinden.⁵

Mobilität für Alle!

Mobilität ist ein menschliches Grundbedürfnis. Dieses wollen wir vorrangig über einen attraktiven Öffentlichen Personenverkehr und weniger über den Straßenverkehr sicherstellen. Das ermöglicht soziale Teilhabe und somit Lebensqualität. Wir wollen Schluss machen mit der ungerechten Verkehrspolitik der vergangenen Jahrzehnte, die ganze Teile der Bevölkerung, vor allem Schüler, Jugendliche, Seniorinnen sowie Menschen, die sich kein Auto leisten können, einfach stehen lässt.

³ Konzeptionelle Hintergründe: GRÜNE-Landtagsfraktion Sachsen: Ist das Artensterben in der Agrarlandschaft noch aufzuhalten? Lösungsansätze für eine naturschutzgerechte und zukunftsfähige Landwirtschaft, 2008.

⁴ Konzeptionelle Hintergründe: Für eine neue Sozialpolitik – Für eine Politik der Parteinahme für die Schwachen, Beschluss des Landesparteitages 2007; GRÜNE-Bundestagsfraktion: Der Armut keine Chance Existenz sichern, Teilhabe garantieren, Selbstbestimmung ermöglichen, 2009; Kinder in den Mittelpunkt – Kinderarmut bekämpfen, Beschluss des Bundesparteitages 2007;

⁵ Konzeptionelle Hintergründe: GRÜNE-Landtagsfraktion Sachsen: Eine für alle! Der grüne Weg zur Gemeinschaftsschule in Sachsen, 2008; Selbstständig und weltoffen – für sächsische Hochschulen mit Zukunft, Beschluss des Landesparteitages 2006. GRÜNE-Landtagsfraktion Sachsen: KITA 2020 - Professionalitätsoffensive für die frühen Jahre, 2007.

Wir wollen mehr Bewegung in Sachsen - mit Bus und Bahn: Mit unserem Konzept SachsenTakt 21 verknüpfen wir alle öffentlichen Verkehrsmittel - vom ICE, über Regionalbahn und Linienbus bis hin zu Alternativen Bedienformen für den ländlichen Raum. Ein integraler sächsischer Taktfahrplan liefert den Herzschlag dieser neuen Bewegung. Und ein landesweites Mobilitätsticket ermöglicht auch Menschen mit geringem Einkommen das Mitfahren.⁶

Mehr Demokratie für Sachsen!

Wir sind die Partei der Bürgerrechte und der Demokratisierung. Wir stehen für ein weltoffenes Sachsen und die aktive Förderung von Initiativen, die sich für demokratische Gemeinwesen, gegen Neonazismus und gegen Diskriminierung engagieren. Wir stehen für die Bewahrung der Grundrechte und die Freiheit von Überwachung - auch im Internet. Wir wollen den Bürgerinnen und Bürgern verbindliche Entscheidungs- und Mitwirkungsrechte einräumen. Ein sächsisches Informationsfreiheitsgesetz ist dafür eine wichtige Grundlage. Volks- und Bürgerentscheide müssen bei mehr Themen und bei fünf Prozent Unterstützung der Wahlberechtigten möglich werden. Bei Bürgerentscheiden soll die einfache Mehrheit genügen. Mit einem Bürgerbeteiligungsgesetz wollen wir Einwohnergruppen oder Stadtteilinitiativen verbindliche Instrumente für Information und Beteiligung vor Ort an die Hand geben. Anstelle der von oben verordneten Bildung zentralistischer Großgemeinden wollen wir die Ortschaftsverfassung ausbauen.⁷

Zukunft der Kommunen sichern!

Die Kommunen sind der Ort, in dem die Menschen gute oder schlechte Politik jeden Tag erleben. Sie fragen nicht, ob die Stadt, das Land, der Bund oder Europa zuständig sind - sie wollen einen funktionierenden Alltag und ein zufriedenes Miteinander. Doch die Handlungsfähigkeit vieler sächsischer Städte und Gemeinden ist bereits erheblich eingeschränkt - sei es durch Abwanderung und demographischen Wandel oder durch hohe Schulden. Zudem bezahlen die Kommunen derzeit die Rechnung für Finanzkrise, Landesbankpleite, nicht ausfinanzierte Gesetze und schwarze Millionengeschenke an diverse Lobbygruppen. Wir wollen nachhaltig handlungsfähige Städte und Gemeinden mit ausreichender Finanzausstattung und ausgeglichenen Haushalten, damit diese ihre Aufgaben wieder richtig erfüllen können. Dazu wollen wir den Kommunalen Finanzausgleich modernisieren, damit dieser den veränderten Rahmenbedingungen angepasst werden kann.⁸

5. Wir arbeiten für den Politikwechsel

Das bedeutet, dass wir Lösungen finden, die auf Dauer funktionieren: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für Nachhaltigkeit auch in wirtschaftlicher, sozialer und finanzieller Hinsicht: Wir stehen für eine Politik, die nicht buchstäblich auf Kosten nachfolgender Generationen gemacht wird. Wir

⁶ Konzeptionelle Hintergründe: GRÜNE-Landtagsfraktion Sachsen: „Masterplan SACHSENTAKT 21 - Qualitätsoffensive für den Bahnverkehr in Sachsen“, 2009; GRÜNE-Landtagsfraktion Sachsen: Eckpunktepapier für eine Budgetvariante des Mobilitätstickets, 2010.

⁷ Konzeptionelle Hintergründe: GRÜNE-Landtagsfraktion: Vorbeugen statt Zuschauen! Demokratieförderung in Sachsen sichern und ausbauen!, 2010; GRÜNE-Landtagsfraktion Sachsen; GRÜNE-Landtagsfraktion Sachsen: Eckpunktepapier: Gesetz zur Erleichterung kommunaler Bürgerentscheide, 2006; GRÜNE-Landtagsfraktion Sachsen: Gesetzentwurf zur Erleichterung kommunaler Bürgerinformations- und Empfehlungsverfahren, 2008.

⁸ Konzeptionelle Hintergründe: GRÜNE-Bundestagsfraktion: Besser leben in Stadt und Land – Gemeindefinanzen solide reformieren, 2010.

müssen jetzt handeln. Deshalb werden wir die Zeit bis zum Beschluss über ein neues Landtagswahlprogramm nutzen, um unsere Konzepte weiter zu entwickeln:

Angesichts der krisenhaften Entwicklung in Europa wollen wir Europapolitik wieder stärker als gemeinsames Thema in der Partei begreifen und unser europapolitisches Bekenntnis entgegen den wachsenden Zweifeln neu begründen: Viele Projekte wären in Sachsen nicht umgesetzt worden, wenn es die Europäische Union nicht gäbe. Viele Entscheidungen auf EU-Ebene wirken direkt auf Land und Kommunen. Mehr als ein Viertel unseres Bruttoinlandproduktes beruht auf deutschen Exporten innerhalb der Europäischen Union. Und Sachsen liegt mitten in Europa – mit 600 km gemeinsamer Grenze zu unseren Nachbarn. Eine verstärkte regionale, grenzüberschreitende Zusammenarbeit in Wirtschaft, Tourismus, im gemeinsamen Umwelt- und Naturschutz und im Bildungsbereich bietet neue Perspektiven für Sachsen.

In Sachsen gibt es eine augenfällige Diskrepanz in der Entwicklung zwischen den Großstädten und den ländlichen Räumen: Viele Regionen sind nicht nur von der wirtschaftlichen Entwicklung abgehängt und besonders stark von den nachteiligen Auswirkungen des demografischen Wandels betroffen, sondern leiden weiterhin unter starker Abwanderung. Auf diese Herausforderungen hat die schwarz-gelbe Politik keine adäquaten Antworten gefunden. Sie erschöpfte sich bisher in den untauglichen und daher ergebnislosen Versuchen mit immer neuen Infrastrukturerweiterungen bei Straßen und Gewerbegebieten den Schrumpfungsprozessen entgegenzuwirken. Wir wollen in Zukunft im Dialog mit Landkreisen und Kommunen, mit der Bevölkerung und mit Fachleuten ein neues Leitbild für die ländlichen Räume erarbeiten, welches sich aktiv den Konsequenzen der demografischen, der industriellen und soziokulturellen Entwicklung stellt und dessen Ziel es ist, gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land zu garantieren. Bausteine in diesem Leitbild sind für uns die Entwicklung des Tourismus zu einer tragenden Säule der Erwerbswirtschaft sowie der städtebauliche und infrastrukturelle Umbau der schrumpfenden Landkommunen. Die Bewahrung und bewusste Nutzung des kulturhistorischen Erbes wird zu diesem Leitbild gehören und spiegelt sich heute schon in der Unterstützung der Weltkulturerbeinitiativen im Erzgebirge.

Wir werden uns gezielt für eine konsequente Frauenförderung in Wirtschaft, Politik und Kultur einsetzen. Dazu müssen wir die immer noch bestehenden Hindernisse eines gleichberechtigten Zugangs zu Leitungspositionen analysieren, Maßnahmen zum Abbau dieser Zugangsbarrieren entwickeln und konkrete Förderungsmöglichkeiten in Sachsen formulieren.

Wir wollen mit einem sächsischen grünen New Deal⁹ den ökologischen Umbau unserer Wirtschaft in allen Branchen und Sektoren durch politische Rahmenbedingungen unterstützen. Dazu wollen wir bis zur nächsten Landtagswahl ein integriertes GRÜNES Konzept für eine nachhaltige Wirtschaft in Sachsen erarbeiten.

6. Unsere Position der Eigenständigkeit

Nach der friedlichen Revolution des Herbstes 1989, die auch mit der Meinungsführerschaft der Bürgerbewegungen in dieser Aufbruchphase der ostdeutschen Gesellschaft verbunden war, war die Niederlage bei der Landtagswahl 1994 und das damit verbundene Ausscheiden aus den landespolitischen Entscheidungsgremien eine ernüchternde Erfahrung. Doch seither hat sich die politische Landschaft in Deutschland grundlegend verändert und auch in Sachsen sind wir seit 2004 im Sächsischen Landtag wieder ein lebhafter Bestandteil des Parlaments.

⁹ GRÜNE Europafraktion: Der Grüne New Deal – Klimaschutz, neue Arbeit und sozialer Ausgleich, 2009.

Von 1998 bis 2005 waren die GRÜNEN Teil der Bundesregierung. Reformen, die diese Regierungszeit überdauerten, wie das Erneuerbare Energiengesetz, der Atomausstieg oder ein liberales Lebenspartnerschaftsrecht, tragen deutlich die grüne Handschrift. Die Ökosteuer beispielsweise ist von CDU und vor allem FDP massiv politisch bekämpft worden, abgeschafft hat die schwarz-gelbe Regierung sie jedoch nicht, denn sie braucht dieses Instrument.

Nach der Bundestagswahl 2005 hat die Bundespartei klargestellt, dass für uns auch Koalitionen mit der CDU und der Linkspartei in Betracht kommen, wenn die Inhalte stimmen. Seither konnten auf dieser Grundlage bei fast allen Wahlen deutliche Erfolge erzielt werden. Nachdem GRÜNE 2005 in keiner Landesregierung mehr vertreten waren, ziehen wir nach und nach wieder in die Landesregierungen ein. Die Voraussetzungen sind in allen Bundesländern sehr verschieden. Es gibt zunehmend landesspezifische Koalitionskonstellationen. Das stärkt die Verantwortung der Landespolitik.

Die Landtagswahl 2009 in Sachsen hat gezeigt, dass wir GRÜNEN auch hier einen selbstbewussten Wahlkampf aus einer Position der Selbstständigkeit führen können. Wir haben damals unsere politische Nähe zur SPD beschrieben, aber keine Koalition mit einer demokratischen Partei - außer mit der FDP - ausgeschlossen.

Wir GRÜNE haben bei den Wahlen 2009 deutlich zugelegt. Bei der Landtagswahl haben wir uns auf 6,4 Prozent gesteigert und sind nun mit 9 statt 6 Abgeordneten vertreten. Bei der Bundestagswahl erzielten wir unser bisher bestes Ergebnis in Sachsen. Mit nunmehr 65 StadträtInnen, mit 29 auf GRÜNEN Listen gewählten KreisrätInnen sowie zahlreichen Gemeinde- und OrtschaftsrätInnen sind wir auch auf kommunaler Ebene gestärkt worden. Wir haben mehr Mitglieder als je zuvor in Sachsen.

Diese Ergebnisse, wie auch der Landtagseinzug unserer Thüringer und Brandenburger Freundinnen und Freunde, stellen klar, dass wir in Sachsen und Ostdeutschland politisch nicht mehr wegzudenken sind. Wir können - durchaus mit ein wenig Genugtuung - feststellen: Obwohl uns die politischen Feuilletons vor 10 Jahren noch tot zu schreiben versuchten, haben BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN ihre Existenzkrise im Osten überwunden!

Wir GRÜNE bestimmen unsere Positionen aus unseren eigenen Werten und Zielen und nicht abgeleitet von einer anderen Partei. Daher lassen wir uns weder einem „linken Lager“ unter Führung der SPD oder der Linkspartei noch einem „rechten Lager“ unter Führung der CDU zuordnen. Diese selbstbewusste Position der Eigenständigkeit ist nicht als politische Beliebigkeit misszuverstehen. Wenn die CDU für sich die „Mitte“ in Anspruch nimmt, dann sind wir als ökologische, emanzipatorische und bürgerrechtliche Partei jedenfalls links dieser „Mitte“ verortet. Wir akzeptieren aber auch nicht den Definitionsanspruch der SPD oder der Linkspartei über das was „links“ sein soll.

Auf kommunaler Ebene erkennen wir den Willen zur politischen Einflussnahme und Mitgestaltung jenseits von Resignation und Parteienverdrossenheit in einigen Gruppierungen der Freien Wähler. Daher akzeptieren wir sie als eine wichtige politische lokale Kraft, mit der wir zusammenarbeiten, wenn die Inhalte stimmen.

Für uns gilt der Satz, dass alle demokratischen Parteien untereinander koalitionsfähig sein sollten. Denn bei Koalitionen geht es nicht um Weltanschauungsgemeinschaften, sondern um pragmatische Bündnisse auf Zeit zur Umsetzung bestimmter Ziele. Grundlage dafür ist Glaubwürdigkeit nach außen und Geschlossenheit nach innen. Bedingung dafür ist das Vertrauen in die gewählten Kandidatinnen und Kandidaten ebenso, wie Selbstbewusstsein und Entschlossenheit auf allen Ebenen der Partei.

7. Wir GRÜNE in der sächsischen Parteienlandschaft

Wir wollen, dass wieder mehr Menschen Vertrauen in die Politik fassen. Dazu ist neben der grundsätzlichen Bereitschaft der demokratischen Parteien zur Zusammenarbeit auch ein neuer Politikstil notwendig, der die Menschen ermutigt, an demokratischen Entscheidungsprozessen mitzuwirken. Gute Politik für Sachsen erfordert in Zukunft mehr parteiübergreifendes, lösungsorientiertes Denken und Handeln. Für uns GRÜNE bedeutet dies in den nächsten Jahren erhöhte Kommunikationsbereitschaft zu allen demokratischen Parteien. Dabei stellen wir jedoch **Anforderungen an die Zusammenarbeit mit den Parteien, die mit uns in zukünftigen Koalitionen zusammenarbeiten wollen:**

SPD: Konzeptionelle Nähe als Basis

Die SPD scheint uns GRÜNEN am nächsten zu stehen. In den Kreistagen und Gemeinden, in denen wir keine GRÜNEN Fraktionen bilden können, schließen sich in der Regel SPD und GRÜNE zu einer Fraktion zusammen. Doch die Nähe zur SPD ist eher gefühlt, als durch gemeinsame Positionen untermauert.

Mit den Beschlüssen des Chemnitzer Parteitags im Juni 2010 versucht die SPD, sich der erforderlichen ökologischen Modernisierung Sachsens zu stellen. So soll zum Beispiel ein Konzept zu „ökologischer Industriepolitik“ erarbeitet werden. Allerdings bestätigte der Parteitag auch die klimaschädliche und arbeitsplatzarme Braunkohleverstromung als jahrzehntelange „Brückentechnologie“.

Die SPD in Ostdeutschland und speziell in Sachsen kollidiert als mittlerweile kleine Oppositionspartei regelmäßig an ihrem Anspruch, „Volkspartei“ sein zu wollen. Wir beobachten, dass die sächsische SPD Probleme mit der Profilierung gegenüber CDU und Linkspartei hat. Von ihrer Regierungsbeteiligung in den Jahren 2004 bis 2009 konnte die SPD offensichtlich nicht profitieren.

Voraussetzung für eine Zusammenarbeit mit der SPD wäre, statt der gefühlten rot-grünen Nähe eine konzeptionelle Nähe auf der Basis klar formulierter Inhalte und Ziele zum ökologischen Umbau und zur Demokratisierung Sachsens herzustellen. Die Bereitschaft der SPD zum Braunkohleausstieg und zu 100% erneuerbaren Energien ist für uns ein wichtiger Prüfstein.

Linkspartei: Realitätsbezug und Klarheit

Die Linkspartei nimmt ihre Verantwortung als stärkste Oppositionspartei eine glaubhafte Regierungsalternative zu Schwarz-Gelb in Sachsen zu entwickeln aus unserer Sicht nur unzureichend wahr. Da sie lieber Fundamentalopposition betreibt und die Lösung heute anstehender Finanzierungsprobleme auf kommende Generationen verschiebt, trägt sie zur scheinbar alternativlosen Dominanz der CDU in Sachsen maßgeblich bei.

Dazu kommt, dass viele Linkspartei-Mitglieder die DDR und ihren Unterdrückungsapparat immer noch verklären. Wieder andere meinen, sich kritisch zu geben, indem sie lediglich von „Fehlern der SED“ oder „Demokratiedefiziten der DDR“ sprechen. Wer Diktatur, Unterdrückung und Menschenrechtsverletzungen nicht als solche bezeichnen kann oder diese mit dem Verweis auf anderes historisches Unrecht zu rechtfertigen versucht, ist unser politischer Gegner. Die Linkspartei muss wissen, dass wir mit den Stasi- und ML-Reaktionären in ihren Reihen sowie mit allen politischen Kräften, welche die Abschaffung von Freiheit und Grundrechten betreiben würden um ihre politischen Ziele zu erreichen, nicht zusammenarbeiten werden.

Voraussetzung für eine Zusammenarbeit mit der Linkspartei ist für uns daher deren Bereitschaft zur Entwicklung einer machbaren, seriösen und wirklichkeitsbezogenen Reformalternative und die Beendigung der Zweideutigkeiten über die Einschätzung der SED-Diktatur. Leider hat die Linkspartei mit der Weigerung, den rot-grünen Bundespräsidentenskandidaten zu wählen, eine Riesenchance verpasst, ihre Verantwortungsfähigkeit und -bereitschaft unter Beweis zu stellen.

CDU: Mehr Demokratie wagen

Seit 2004 hat die CDU ihre absolute Mehrheit im Land zwar verloren, konnte jedoch mit deutlich kleineren Partnern weiter regieren. Daher vollzieht die sächsische CDU nach 20 Jahren Regierungsverantwortung die Trennung von Staat und Partei nicht mehr ernsthaft und hat eine politische Unkultur entwickelt, die demokratischen Ansprüchen immer mehr entgegensteht. Deutlich wird dies in einem fast schon autokratischen Umgang mit dem jeweiligen Koalitionspartner und den Vertretern der parlamentarischen Opposition. Deutlich wird dies auch in der verfilzten und zentralistischen Regierungsweise im Land.

Die gegenwärtige Kräfteverteilung ermöglicht es der CDU, aus drei potentiellen Koalitionspartnern auszuwählen bzw. diese gegeneinander auszuspielen. Auf einen Anbieterwettbewerb mit FDP und SPD werden wir uns jedoch nicht einlassen. Ob eine Zusammenarbeit für uns mit der CDU zukünftig möglich ist, wird sich daran entscheiden, in wieweit die CDU die beschriebene politische Unkultur in den nächsten Jahren überwindet, die politische Dialogfähigkeit zurückgewinnt und zu wirklicher Kooperation sowie zur entschlossenen Umsetzung der für uns entscheidenden grünen Inhalte bereit ist. Wir werden uns weder mit ein bisschen grüner Kosmetik, noch mit Alibi-Zugeständnissen zufrieden geben. Als Mehrheitsbeschaffer für eine CDU, die das Land politisch in die Sackgasse führt, stehen wir nicht zur Verfügung.

Wir sprechen mit SPD, CDU und Linkspartei über die ökologische, soziale und wirtschaftliche Modernisierung unseres Landes. Die krisenhaften Entwicklungen in Europa und die notwendigen Ausgabenkürzungen, die durch die Regierungen in sehr unterschiedlicher politischer Qualität vorgenommen werden, zwingen die Parteien, sich zu verändern und bisherige „politische Gewissheiten“ neu zu überdenken.

Doch Diskussionen über Koalitionen im Jahr 2014 stehen ein Jahr nach der Landtagswahl nicht an. Auf der Tagesordnung steht für uns die Arbeit an Alternativen zur Schwarz-Gelben Regierung, die Werbung für GRÜNE Ziele und Konzepte und die Vergrößerung der GRÜNEN Basis – auch jenseits der drei Großstädte. Wir wollen in allen Regionen Sachsens zu zuverlässigen Partnern für die Interessen der Bürgerinnen und Bürgern werden.

Der notwendige ökologische und soziale Umbau Sachsens ist eine Herausforderung, die weit über das hinausgeht, was bisher Alltagspolitik war. Fähigkeiten zur Bewältigung dieser Herausforderung sind in Gesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft vorhanden. Es ist nun Aufgabe der Politik, diese Ressourcen zu erschließen. Wir sind überzeugt: **GRÜNE Ziele und GRÜNE Politik stärken das Land!**